

Digitalisierung der Städte demokratisch steuern

Darmstadt wird digitale Modellstadt und erhält Millioneninvestitionen von Unternehmen. Droht ein „Digitalkapitalismus“?

Die Fragen stellte Ariane Mohl.

Darmstadt hat den Wettbewerb „Digitale Stadt“ gewonnen. Oberbürgermeister Jochen Partsch (Grüne) über Chancen und Risiken des digitalen Wandels und das Loch im Darmstädter Haushalt.

Herr Partsch, was erhoffen Sie sich vom Sieg beim Wettbewerb „Digitale Stadt“? Ich hoffe, dass die Stadt Darmstadt zu einer Modellstadt für eine kluge, strategische, demokratisch kontrollierte Digitalisierung in Deutschland und Europa wird und dass wir gemeinsam mit den am Wettbewerb beteiligten Unternehmen Projekte und Strategien entwickeln, die einen unmittelbaren Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger haben werden.

Stichwort Nutzen: Ab dem kommenden Jahr sollen in Darmstadt in den verschiedensten Bereichen – Verwaltung, Schule, Gesundheit, Energieversorgung – digitale Lösungen erprobt werden. Von welchem Projekt erhoffen Sie sich die größten Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger? Das wird sicherlich das gesamte Themenfeld des E-Governments sein, aber auch der Verkehrsbereich, in dem wir wie viele andere Städte auch nicht nur aufgrund der aktuellen Diskussion über Fahrverbote nach tragfähigen Lösungen suchen müssen. Darmstadt ist eine rasant wachsende Stadt, die vor der riesigen Herausforderung steht, wie sie Mobilität mit diesem Wachstum in Einklang bringt. Digitale Mobilitätsketten, die ÖPNV und Individualverkehr intelligent vernetzen, werden den Bürgern das Leben erheblich erleichtern – egal, ob sie mit dem Auto, dem Bus, dem Fahrrad oder zu Fuß unterwegs sind. Aktuell sind wir dabei, über 200 verschiedene Einzelprojekte aus den verschiedensten Bereichen zu sichten und zu prüfen – immer auch unter der Fragestellung, inwie-

weit deren Umsetzung von direktem, unmittelbarem Nutzen für den Bürger sein wird.

Das klingt sehr ambitioniert. Meistern Sie diese Mammutaufgabe mit dem bestehenden Mitarbeiterstab?

Nein, das wäre organisatorisch gar nicht machbar. Wir haben eine Digitalstadt GmbH gegründet, die natürlich auch eigene Mitarbeiter benötigen wird. Glücklicherweise haben wir darüber hinaus eine breite Unterstützung aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft – besonders von dem hier ansässigen Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie (SIT), das uns bereits bei unserer Bewerbung für den Wettbewerb intensiv unterstützt hat. Bei all dem kam uns sicherlich sehr zugute, dass das Land Hessen uns während des Bewerbungsprozesses zugesagt hat, für das Projekt „Digitalstadt“ 10 Millionen Euro bereitzustellen. Einen Teil dieser zur Verfügung gestellten Mittel werden wir in neue Mitarbeiter investieren.

Die Finanzspritze des Landes können Sie gut gebrauchen. Im Darmstädter Haushalt klafft ein 52-Millionen-Euro-Loch. Wird das Auswirkungen auf das Projekt „Digitale Stadt“ haben?

In der Tat wurden wir im April kalt von der Nachricht erwischt, dass die Gewerbesteuerentwicklung deutlich weniger positiv verlaufen ist als angenommen. Trotz aller Bemühungen werden wir in diesem Jahr möglicherweise mit einem Defizit abschließen. Aktuelle Schätzung: 10 bis 15 Millionen Euro. Die Rahmenbedingungen könnten also besser sein. Dennoch muss man sagen, dass wir mit dem Gewinn des Wettbewerbs „Digitale Stadt“ Investitionen in unsere Infrastruktur erhalten, die im zweistelligen Millionenbereich liegen. Zudem bin ich überzeugt, dass wir durch einzelne Digitalisierungsprojekte, etwa im Bereich der Verwaltung, eine deutliche Effizienzsteigerung erreichen werden.



Jochen Partsch ist seit Juni 2011 Oberbürgermeister von Darmstadt. Er ist der erste grüne OB einer hessischen Großstadt und darüber hinaus der erste Darmstädter OB seit dem Zweiten Weltkrieg, der kein SPD-Parteibuch hat. Am 19. März 2017 wurde Partsch mit 50,4 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt.

Insgesamt bin ich sehr zuversichtlich, dass unsere Investition in die „Digitalstadt“ tatsächlich eine Investition in die Zukunft ist, die auch dazu beitragen wird, Kosten zu senken.

Effizienzsteigerungen und Kostensenkungen sind doch aber nur die eine Seite der Medaille. Wie sieht es mit den Themen aus, die vielen Bürgern Angst machen: Datenschutz und Datensicherheit?

Die Angst, dass sensible Daten in falsche Hände geraten könnten, gibt es natürlich bei vielen Menschen – und zum Teil sind diese Ängste ja auch berechtigt. Aus meiner Sicht geht es dabei um zwei Fragen: zum einen um die technische Sicherheit der Daten, zum anderen aber auch um das, was in der Sozialwissenschaft als Kolonialisierung von Lebenswelten beschrieben wird.

Was ist damit konkret gemeint?

Beispielsweise um die Frage, wie sehr wir in unserem täglichen Handeln durch Algorithmen und durch Erkenntnisse aus unserer eigenen Datennutzung in unseren Entscheidungen beeinflusst werden. Mit beiden Fragen, also der nach der Sicherheit der Daten, aber auch der nach der politischen Steuerung der Digitalisierung, haben wir uns bereits in der Bewerbungsphase intensiv auseinandergesetzt. Diese Auseinandersetzung

hat dann unter anderem zu dem Ergebnis geführt, dass es sich bei dem Dienstleister zur Umsetzung der Digitalstadt um eine städtisch kontrollierte GmbH handelt, in der eben gerade nicht die am Wettbewerb beteiligten Unternehmen das Sagen haben. Für mich steht ganz klar fest: Die Digitalisierung kann nur gelingen, wenn wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewinnen und sowohl Datensicherheit als auch eine demokratische Steuerung und Kontrolle gewährleisten.

Wie realistisch ist das angesichts der Vielzahl am Wettbewerb beteiligter globaler Unternehmen, die in erster Linie eigene Interessen verfolgen? Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass die Stadt bei allen Entscheidungen den Hut aufhat?

Es wäre in der Tat keine gute Entwicklung, wenn Städte infolge der Digitalisierung zu bloßen Objekten von Unternehmensinteressen würden. Mit Hilfe unserer GmbH, in der Unternehmen keine Entscheidungshoheit haben, wollen wir genau das verhindern. Alle wesentlichen Entscheidungen werden in dieser GmbH oder aber im Stadtparlament getroffen, nicht hinter verschlossenen Türen in einem der beteiligten Unternehmen. Man muss aber auch ganz klar sagen, dass es überhaupt nichts bringt, sich der Digitalisierung

zu verschließen. Dieser Prozess findet so oder so statt – unabhängig davon, wie sich die Bürger oder die Kommunen dazu verhalten. Der Wettbewerb „Digitale Stadt“ hat uns in die glückliche Lage versetzt, die Entwicklung der digitalen Infrastruktur gemeinsam mit den Unternehmen zu entwickeln, statt zum bloßen Spielball von Unternehmensinteressen zu werden.

Von dem, was in Darmstadt erprobt wird, sollen auch andere Städte profitieren. Aber ist es überhaupt realistisch, das, was in Stadt A gut funktioniert, auf Stadt B zu übertragen?

Man wird nicht alles eins zu eins überall anwenden können. Dennoch bin ich mir sicher, dass die Bürgerwünsche und der potentielle Bürgernutzen in einer Vielzahl von Städten gar nicht so weit voneinander entfernt sind. Und auch die regulatorischen Rahmenbedingungen sind von Bundesland zu Bundesland so unterschiedlich nicht. Um unsere Erfahrungen weiterzugeben, werden wir jedes Jahr eine Konferenz veranstalten und über unsere Fortschritte berichten. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Städte voneinander lernen können – und wenn man sich anschaut, wo Deutschland bei der Digitalisierung im internationalen Vergleich steht, ist das auch bitter nötig.

Wagen wir den Blick in die Glaskugel: Wie werden die Menschen in 20 Jahren in Darmstadt leben?

Ich glaube, dass vieles in 20 Jahren durch die Digitalisierung sehr viel effizienter und ressourcenschonender organisiert werden kann. Überhaupt ist es mir ein wichtiges Anliegen, Digitalisierung mit ökologischen Fragestellungen zu verbinden. Wenn uns das gelingt, wird Darmstadt in 20 Jahren auch in der analogen Wirklichkeit eine ebenso aufregende wie liebenswerte Stadt sein, in der die Menschen gerne und gesund leben. //

a.mohl@derneuekaemmerer.de

Verkehrssicher mit IT-Unterstützung

Kontrolle ist für Kommunen in vielen Bereichen Pflicht – Bad Kissingen spart durch digitale Lösungen Zeit und Geld.

Von Peter Borst und Stephan Till

Egal, ob Sicherheit von Straßen, Bäumen oder Spielplätzen: Digitale Lösungen helfen der Stadt Bad Kissingen, viel Zeit und Geld zu sparen.

Das Straßen, Baumbestand und Kinderspielplätze sicher sein müssen, ist auch in der Stadt Bad Kissingen mit ihren mehr als 21.000 Einwohnern oberstes Gebot. Die Aufwände für die entsprechende Administration der gesetzlich vorgeschriebenen Verkehrssicherungspflichten sind jedoch hoch, und die Menge an notwendigen Dokumentationen ist schwer zu bewältigen. Darum fällten die Fachverantwortlichen in der Kommune frühzeitig die Entscheidung, eine Software einzuführen, die sie in ihrer täglichen Arbeit unterstützt.

Im Bereich Verkehrssicherheit besteht, rein rechtlich gesehen, wenig Spielraum für Interpretationen. Zahlreiche Gesetze, Normen und Regelungen geben den Kommunen genaue Anweisungen, wie Spielplätze und Straßen beschaffen sein und wann sie gewartet und der Baumbestand kontrolliert werden müssen.

Noch vor wenigen Jahren lösten die Fachverantwortlichen in der Stadt Bad Kissingen die aus zahlreichen EU-Normen resultierenden Aufgaben in Papierform. Sehr zeitaufwendig wurden Unmengen von Listen und Bildmaterialien erstellt, gepflegt, gesammelt und archiviert. Dieses Vorgehen kostete alle Beteiligten nicht nur viel Zeit und Aufwand, es war auch nicht abschließend

rechtssicher. So galt beispielsweise eine Excel-Liste, die die Straßenbeschaffenheit dokumentierte, vor Gericht nicht als handfester Nachweis für eine erfolgte Prüfung, da sie nachträglich veränderbar ist. Zudem war es mit erheblichen Anstrengungen verbunden, die Listeneinträge dem entsprechenden Bildmaterial zuzuordnen.

Das gleiche Schicksal teilten die Kollegen, die sich um die Bäume sorgten und mit einer Altanwendung arbeiteten, die ein Baumkataster ohne Bildintegration führte. Nicht minder komplex stellte sich die Einhaltung der Verkehrssicherungspflichten im Spielplatzbereich dar. Hier erfolgten die wöchentlichen Kontrollen mit Hilfe entsprechender Listen in Papierform. Die Jahreskontrolle war zwar schon EDV-gestützt über ein Geoinformationssystem der Fachschale Grünflächen möglich, blieb aber dennoch sehr umständlich.

Der Weg zur digitalen Kontrolle

Die erheblichen Aufwände, die sich mit der rechtlich geforderten Administration der erfüllten Verkehrssicherungspflichten ergaben, führten in der Kommune schon im Jahr 2013 zu Überlegungen in Richtung IT-Unterstützung. Gemeinsam mit einem externen Anbieter entschied sich die Kommune, probeweise eine entsprechende Lösung zur Jahreskontrolle der Spielplätze zu integrieren. Die Ergebnisse überzeugten und mündeten in einem schrittweisen Roll-out. Die im Zuge der Jahreskontrolle der Spielplätze angelegten Stammdaten aller 500 Geräte und Flächen (Fallschutzflächen, Rasenflächen und weitere) waren die ideale Grundlage dafür, den wöchentlichen Kontrollturnus digital vor Ort zu dokumentieren. Auf diese

Weise konnte die Arbeit für die Spielplätze mit den papierhaften Listen nahtlos und komfortabel abgelöst werden.

Aufwand, der sich lohnt

Recht aufwendig hingegen zeigte sich die Stammdatenerfassung für die Baumkontrolle. Darum startete die Kommune auch erst 2014 mit der Nutzung ihres IT-Systems in diesem

„Die Automatisierung der Mehrheit dieser Arbeitsabläufe führt zur größten Zeit- und auch Aufwandsersparnis für die Mitarbeiter.“

Bereich. Seither wurden 7.000 Einzelbäume und 800 Baumbestände aufgenommen. Diese Unterscheidung ist für die Kommune sehr wichtig und viel praxisnäher, als sie beispielsweise bei anderen Anwendungen umgesetzt ist.

Zudem hat die Stadt Bad Kissingen mit der Staatlichen Kurgärtnerei eine Besonderheit zu bieten: Jene verwaltet noch einmal eigenverantwortlich 5.000 Einzelbäume, die dank der cloudbasierten Lösung der Stadt Bad Kissingen und eines eigens für die Staatliche Kurgärtnerei geschaffenen Bereichs ebenfalls digital erfasst und kontrolliert werden können.

Seit 2015 sind auch die Straßen im System hinterlegt. 150 km Gemeindestraßen und 40 km selbständige Geh- und Radwege wurden erneut aufwendig erfasst, 2017 kamen

noch weitere 250 km Flurwege mit ihren Besonderheiten wie Wasserdurchlässen oder Brücken hinzu. Auch dieser Einsatz hat sich gelohnt. Mit in den generierten Aufgabenlisten (die sich die Kommune selbst einrichten kann) automatisch wiederkehrenden Kontrollintervallen für die monatlichen, vierteljährlichen und jährlichen Kontrollen haben die Fachverantwortlichen stets den Überblick, was wo zu tun ist, und deutlich mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit.

Dass sich der Aufwand für die Stammdatenerhebung lohnt, zeigt sich dabei auf vielen Ebenen. Allein im Bereich Aufgrabungen der Straßen etwa schafft das eingeführte System neben der Übersicht und Zeitersparnis sogar neuen finanziellen Spielraum. Mit Hilfe der automatisierten Terminüberwachung von der Beauftragung über die Abnahme bis hin zur Information über den Ablauf der Gewährleistung können Mängel gegenüber Dritten in den rechtlich relevanten Fristen angezeigt und behoben werden, ohne die Budgets der Kommune zu belasten. Der jeweilige Fachverantwortliche kann die Mängel einfach im System überwachen und entsprechende Aufträge an Dritte direkt in der Lösung erstellen und versenden.

Mehr Zeit für andere Aufgaben

Ihren Beitrag leisten hier Smartphones und Pads als mobile Endgeräte, die die Mitarbeiter der Kommune zu ihren Kontrollgängen mit sich führen, um entsprechendes Bildmaterial und Informationen zum Sachverhalt direkt vor Ort zu dokumentieren. Den Kontrolleuren erspart dies den Arbeitsschritt der Bildnachbearbeitung, da diese mittels der Mangelersfassung dem Schaden automatisch zugeordnet sind. Auch Baueinweisungen

vor Ort sind dank der Dokumentation in der Regel nicht mehr notwendig, da der Schaden inklusive der Geodaten und Bilder über Leserechte vom Ausführenden im System eingesehen werden können. Wo zuvor aufwendig Excel-Listen zur Mängelersfassung gepflegt und Word-Dokumente mit Auftragsnummern, Lagebeschreibungen und Bildern verfasst werden mussten, führt die Automatisierung der Mehrheit dieser Arbeitsabläufe zur größten Zeit- und Aufwandsersparnis für die Mitarbeiter. Die erhebliche Arbeitserleichterung ist für alle beteiligten Mitarbeiter in der Stadt Bad Kissingen zudem insbesondere dann spürbar, wenn sie zu einem bestimmten Sachverhalt auf Knopfdruck rechtssichere Informationen mit dem entsprechenden Bildmaterial erhalten.

Die Stadt Bad Kissingen hat die Prozessverbesserung rund um die Erfüllung ihrer Verkehrssicherungspflichten frühzeitig auf die Tagesordnung gesetzt und kann seitdem von den Ergebnissen profitieren. Für die Zukunft plant die Kommune auch die Einbindung von Sportanlagen sowie die Aufnahme von Beständen im Straßenbereich, wie etwa Bänke, Bushaltestellen, Fahnenmasten, und weiterer Ausstattungen im öffentlichen Bereich. //

Peter Borst arbeitet für den Servicebetrieb der Stadt Bad Kissingen.

Stephan Till ist Prokurist beim Kommunalservice/Immobilienmanagement, P3N AG.

servicemanagement@stadt.badkissingen.de
stephan.till@p3n.de